69. Jahrgang Nr. 390

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 20. August 1921

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 2.— wöchentlich, M. 8.50 monatlich im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich M. 8.— und vierteljährlich M. 24.— einschließlich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 6.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.50 die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 1.50. – Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen: Redaktion und Haupt-Expedition, SW., Jerusalemer Straße 65—69. Fernsprecher: Zentrum Nr. 1013—1016; Moabit: Turiphon Nr. 1427—14200. Telegramm-Adresse: „Vauxet", Berlin; für den Fernverkehr Nr. 12467—12469. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67—69, Prinzen Straße 1—5, Frankfurter Allee 285, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 107, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 45, Königstr. 46-47, Rosenthaler Strasse 65, Rathausstr. Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 60, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9, Charlottenburg, Pestalozzistr. 108, Kantstr. 34, Scharnhorststr. 20, Kurfürst. Str. 35-36, Kaiserdamm 39, Friedenau: Rheinstr. 16, Halensee-Grunewald: Hektorstrasse, Lichtenberg: Frankfurter Allee 341, Lichterfelde-West: Carlstr. 1-3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Berliner Str. 1, Schulstr. 36, Schmargendorf: Brauhausstr. 9, Schöneberg: Hauptstr. 28-34, Martin-Luther-Str. 8; Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 121, Templehof: Berliner Strasse 147, Treptow: Grüllstr. 7, Weissensee: Streustr. 176, Wilmersdorf: Uhlandstr. 68, Kaiserplatz 13, Friedenau: Hauptstr. 4, Cöpenick: Schlossstr. 1, Frankfurt a. O.: Regierungstr. 64; Niederschönweide: Brückenstr. 29, Potsdam: Brandenburger Strasse 28; Spandau: Breite Strasse 47, Stettin: Paradeplatz 6.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Vorbereitungen des Völkerbundsrates.

Quinones de Leon Berichterstatter.

Paris, 19. August.

Nach einer Havasmeldung hat Ishii, der derzeitige Präsident des Völkerbundsrates, Quinones de Leon, den Vertreter Spaniens beim Völkerbundsrat, ersucht, das Amt des Berichterstatters in der außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates, die für den 29. August nach Genf einberufen ist, anzunehmen.

Jeder Besprechung des Völkerbundsrates geht eine möglichst vollständige und möglichst unparteiische Prüfung der Angelegenheit voraus. Zu diesem Zwecke beauftragt der Präsident für jede Angelegenheit, mit der sich der Völkerbundsrat befaßt, ein Mitglied, einen Bericht vorzubereiten, der dazu bestimmt ist, den Mitgliedern des Rates alle Auskünfte und Aufklärungen zu liefern, die sie im Laufe der Besprechungen nötig haben könnten. Bei der Eröffnung der Sitzung verliest der unterrichtete Berichterstatter seinen Bericht, der sogleich an alle Mitglieder des Völkerbundsrats verteilt wird. Nach Beendigung des Berichts findet, dem Falle entsprechend, entweder sofort eine Besprechung statt, oder sie wird auf ein späteres Datum festgesetzt, um unter Umständen den Mitgliedern des Völkerbundsrates die Möglichkeit zu geben, den Bericht einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und vom Berichterstatter gegebenenfalls vervollständigte Auskünfte zu erbitten. Nach dieser eingehenden Prüfung der Angelegenheit sprechen sich dann die Mitglieder des Völkerbundsrates aus.

Neue polnische Uebergriffe.

Oppeln, 19. August. (Da.)

Die aus 34 Polen und 20 Deutschen in Lipine bestehende Gemeindewache wurde von ehemaligen polnischen Insurgenten gesprengt. Die deutschen Mitglieder der Wache wurden schwer mißhandelt. Sämtliche Mitglieder der Gemeindewache haben ihre sofortige Entlassung verlangt. Der Bürgermeister von Lipine, Dr. Hoesner, ist von seinem Amt zurückgetreten.

Lloyd George und Curzon über Irland.

„Die Regierung steht und fällt mit ihrem Angebot."

London, 19. August.

Im Unterhause erklärte Lloyd George bei Einbringung des Vertagungsantrages, da es wichtig sei, daß in Großbritannien, Irland und der Welt sich eine den Regierungsvorschlägen günstige Meinung bilde, so seien diese ausführlich in dem an De Valera gerichteten Briefe, der am 14. August veröffentlicht wurde, dargelegt worden. Falls die Bedingungen angenommen würden, so würden Verhandlungen folgen. Die Ergebnisse würden dann in einem dem Parlament zu unterbreitenden Gesetze niedergelegt werden. Sollten die Bedingungen wider Erwarten abgelehnt werden, so werde die Regierung genötigt sein, nach Befragung des Parlaments Schritte zu ergreifen. Lloyd George schloß mit der Aufforderung an die Sinnfeiner, lieber die Bedingungen anzunehmen als neuen Streit zu entfachen.

London, 19. August. (W. T. B.)

Im Oberhause erklärte Lord Curzon, die Regierung habe Irland alles angeboten, was gegeben werden konnte, ohne die Sicherheit des Reiches, die Souveränität der Krone und die Einheit des britischen Reiches zu gefährden. Das Land stehe felsenfest gegen eine vollständige Abtrennung Irlands. Keine Regierung könne dies gewähren, sie würde Bürgerkrieg in Irland und den wirtschaftlichen Ruin Irlands bedeuten. Der Lordkanzler erklärte, wenn die Verhandlungen zusammenbrechen sollten, so würde man zu Feindseligkeiten gezwungen werden, in einem Maße, wie dies bisher niemals Irland gegenüber geschehen sei. Die Regierung werde vor keinerlei Maßnahmen zurückschrecken, die etwa notwendig werden könnten, um zu verhindern, daß ein wesentlicher Teil der britischen Inseln sich von der britischen Verfassung loslage. **Die Regierung stehe oder falle mit dem, was sie angeboten habe.** Die Entscheidung, ob es angenommen oder verworfen werden solle, liege jetzt auf der anderen Seite.

London, 19. August. (W. T. B.)

In Dublin ist gestern abend bekanntgegeben worden, daß das Sinnfeinerparlament die Antwort auf die Vorschläge der britischen Regierung am Montag in geheimer Sitzung erörtern wird.

Die Friedensverhandlungen mit Amerika.

Versuch einer Intrige?

Paris, 19. August.

Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune" erklärt, aus autoritativer Quelle unterrichtet zu sein, daß die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen in ein kritisches Stadium eingetreten seien, weil die amerikanische Regierung die Aufnahme der Erklärung in den Friedensvertrag fordere, daß Deutschland allein am Kriegsausbruch schuldig sei. Wenn das Kabinett Wirth diese Bedingung annähme, würde es sofort gestürzt werden, weil alle deutschen politischen Parteien fordern, daß ein internationaler neutraler Gerichtshof die Akte aller kriegführenden Staaten durchforsche, um diese Frage zu klären. Die deutsche Regierung hofft, daß eine Formel gefunden werde, die über die im Versailler Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Schuldfrage hinausgeht. Wenn dieses Hindernis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beseitigt ist, dann müssen noch die unerledigten wirtschaftlichen Fragen erörtert werden.

*

Diese Nachricht der „Chicago Tribune" trägt alle Anzeichen der Sensation und ist deshalb mit größter Vorsicht aufzunehmen. Nach der bisherigen Haltung des Präsidenten Harding und des Staatssekretärs Hughes ist kaum zu erwarten, daß eine solche Forderung an Deutschland, und namentlich in so plumper Form, gestellt werden könnte. Die Nachricht kommt aus Paris, und deshalb ist auch die Situation des Kabinetts Wirth durchaus durch die französische Brille gesehen.

Die Jugoslawen räumen Baranya.

Hejjas' Zeit ist da.

Belgrad, 18. August.

Der Ministerrat hat in seiner heute abend abgehaltenen Sitzung die sofortige Räumung von Baranya beschlossen.

*

Nach der Räumung des Baranyagebiets durch die jugoslawischen Truppen werden die ungarischen weißen Garden sich auf das unglückliche Land stürzen und auf die zum äußersten entschlossene bewaffnete Arbeiterschaft stoßen. Die Welt wird also vielleicht schon heute mit Grausen von neuen Schreckenstaten der Offiziersdetachements hören, und das deutsche Volk wird wieder einmal erkennen, was ihm blühte, wenn . . .

Beginn der Räumung Westungarns.

London, 19. August. (T. U.)

Den „Times" wird aus Wien gemeldet, daß die österreichischen Behörden gestern mit der Besetzung der westungarischen Gebiete begonnen haben, die Oesterreich auf Grund des Vertrages von Trianon zufallen. Eine interalliierte Kontrollkommission, die ihren Sitz in Oedenburg hat, überwacht die Operation.

Ein Telegramm aus Wien meldet: Die Uebernahmekommission in Oedenburg, die aus einem französischen, einem englischen und einem italienischen Vertreter besteht, tritt heute im Beisein zweier Regierungsvertreter, des Sektionschefs Davy und des Grafen Igay, zusammen.

Die englischen Bergarbeiter für Sozialisierung.

Grund und Boden sowie Eisenbahnen.

London, 19. August.

Die Konferenz der Bergarbeiter nahm einstimmig eine Entschließung an, daß der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes aufgefordert werde, auf die **Nationalisierung des Grund und Bodens und der Eisenbahnen** zu dringen und sich zu diesem Zweck die Unterstützung aller Arbeiter des Landes zu sichern. Bei der Einbringung dieser Entschließung erklärte der Antragsteller, wenn die Arbeiterpartei zur Nationalisierung in ihrem Programm entschlossen sei, würde sie dadurch die Arbeiter des Landes wie nie zuvor einigen.

Der marokkanische Krieg.

Die Beute der Mauren.

Madrid, 19. August.

Nach hier vorliegenden Meldungen ist die Stellung von Sidi-Amaran in der letzten Nacht von Eingeborenen heftig beschossen worden. Die Spanier hätten aber keine Verluste gehabt. Den Rebellen seien bisher bedeutendes Sanitäts-, Eisenbahn- und Flugzeugmaterial sowie viele Pferde und Maultiere, Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, diese allerdings meist in unbrauchbarem Zustande, in die Hände gefallen.

Eine Havas-Meldung aus Madrid widerspricht dem Gerücht, wonach der Sohn des General Navarro auf General Berenguer, dem er vorwerfe, die Verteidiger des Arrruit-Berges im Stich gelassen zu haben, einen Revolverschuß abgegeben habe.

Wenn doch alle Marschälle nach Tokio gingen! Nach dem „Echo de Paris" reist Marschall Joffre in besonderer Mission im Auftrage der französischen Regierung am 2. September von Marseille nach Tokio.

Das Wagnis der argentinischen Einwanderung.

(Von unserem Korrespondenten.)

Buenos Aires, Juli 1921.

„Amerika machen" ist der Wille, der Wunsch und das Hoffen der meisten deutschen Einwanderer. Aus eigener Erfahrung wissen sie später aber, daß mit Argentinien überhaupt nichts anzufangen ist, daß vielmehr hier mit den Neuangekommenen etwas angefangen wird. Ob es dem einzelnen schließlich schlecht oder gut geht, ist Sache seiner Fähigkeit und seines Charakters. Ganz wohl wird sich hier zunächst keiner fühlen, weil er die alte Kultur seiner Heimat irgendwie entbehrt. Auch die einfachsten Menschen bringen solche Empfindung zum Ausdruck. „Mit den Jahren merkt man es nicht mehr so sehr", sagen die Gebildeten und finden sich mit dem Tiefstand der beiden deutschen Tageszeitungen Argentiniens ab, die nur den geschäftlichen Interessen ihrer südamerikanischen Verleger dienen.

Es soll nun jedoch niemand auf den Gedanken kommen, hier eine bessere deutsche Zeitung zu gründen. Er würde nur wenig Verständnis finden und sich nicht durchsetzen. Ueberhaupt sind Neugründungen für Argentinien nichts. Was Aussicht hatte, ist schon da. Gründungen dieser Art sind trotz aller Anstrengung und ausreichendem Geld doch nur „clavos", Sargnägel, für die Unternehmer geworden.

Unfertige Menschen, also junge Leute, die erst noch Menschen werden müssen, passen sich am besten in die eigenartigen Verhältnisse Argentiniens ein. Für sie wie für alle anderen Einwanderer gibt es hier nur schwere körperliche Arbeit. Wer diese nicht leisten kann oder nicht leisten mag, muß unbedingt fernbleiben.

Es ist wirklich eine Gewissensfrage, ob man die Einwanderung in Argentinien empfehlen oder dringend von ihr abraten soll. In der Gegenwart der ernsten wirtschaftlichen Krise, die ganz Südamerika erschüttert, haben sich die Verhältnisse im Vergleich zum letzten Jahr sehr verschlechtert. Ausländisches Kapital ist jetzt nicht verfügbar, und infolgedessen steht der Bahnbau trotz wichtiger Verkehrsaufgaben fast still. Auch staatliche Wegebauten und Anlagen werden aus Geldmangel zurückgestellt. Auf das Hauptpostgebäude in Buenos Aires sind den deutschen Unternehmern bereits 800 000 Pesos geschuldet, so daß nicht weitergebaut werden kann. Die geplante neuzeitliche Schlachthofanlage ist ebenfalls zunächst unausführbar. Auch die private Bautätigkeit fängt nicht so rege an, wie es die Not an kleinen und mittleren Wohnungen fordert.

Trotzdem ist hier keine Arbeitslosigkeit bemerkbar. Allgemein läßt sich nur sagen, daß der Arbeitsmarkt stets schwankend ist und deshalb fortdauernd beobachtet werden muß. Diese Aufgabe erledigt mit rechtem Eifer der Sachverständige für Einwanderungswesen bei der deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires, Herr Dr. Stichel. Durch ihn haben vor kurzem auch dreihundert deutsche gelernte Arbeiter lohnende Beschäftigung im argentinischen Arsenal gefunden, und anderen Deutschen vermittelte er die Einreihung in die Polizeitruppe in Chubut im südlichen Argentinien, das als Patagonien bekannter ist. Die dort Untergebrachten sind mit dem bequemen Dienst sehr zufrieden, der noch eine bürgerliche Beschäftigung zuläßt, so daß monatliche Ersparnisse von über 100 Pesos erübrigt werden.

Die hiesige Arbeitsvermittlung der verschiedenen deutschen Vereine ist verzettelt. Wenn sie ihren Zweck richtig erfüllen soll, muß sie einheitlich organisiert werden. Der Verein zum Schutze der germanischen Einwanderung muß sich hierbei den Vorwurf gefallen lassen, daß er sich darauf beschränkt, deutschen Estanzieros und deutschen Unternehmern lediglich billige Arbeitskräfte zuzuführen. Keiner der schlecht bezahlten Vereinsbeamten tut mehr, als er gerade muß, und darunter leiden die kurz und schematisch abgefertigten Einwanderer. Dagegen lockt der Arbeitgeberverband mit mancherlei List unerfahrene deutsche Einwanderer an, die man als Streikbrecher verpflichtet und damit unter Umständen in Gefahr bringt.

Eine mit allen Mitteln gesteigerte Einwanderung ist für die günstige Entwicklung Argentiniens sehr notwendig. Der Generaldirektor für die Einwanderung einer der höchsten Beamten des blauweißblauen Freistaats weiß dies sehr gut, aus politischen Gründen kann er jedoch eine starke deutsche Einwanderung nicht besonders fördern oder sie gar veranlassen. Immerhin werden Deutsche nach Möglichkeit und im Rahmen der Gesetze für die Einwanderer sehr begünstigt, weil man sie als wertvolle Arbeitskräfte schätzt. Man braucht hauptsächlich aber Bewohner für das schwach bevölkerte argentinische Flachland, das sechsmal so groß wie Deutschland ist. Die Weltstadt Buenos Aires beherbergt weit über zwei Millionen Menschen mehr als ein Viertel des ganzen argentinischen Volkes und ist der große unförmliche Wasserkopf, der ein verkrüppeltes und zappelndes Gebilde nicht recht leben läßt.

Es fehlt also nicht an Stadtmenschen, sondern an Kolonisten. Diese müssen aber Geld haben und dürfen sich nicht mit Siedlungsgenossenschaften und zweifelhaften Kolonisationsunternehmungen einlassen. Gelegenheit zu günstigem Ankauf von Regierungsland im anbaufähigen Gebiet des Chaco ist geboten und wird uneigennützig durch Dr. Stichel vermittelt.

Wer hier mit gutem Erfolge auf eigener Scholle baut oder auch sonst bei entbehrungsreicher Arbeit sparsam lebt, wird